

## **Stoibers Steinbruch-Strategie**

### ***Sudetendeutscher Tag fordert Verhandlungen mit Prag „auf gleicher Augenhöhe“ und Abkehr der Signatarstaaten vom Potsdamer Abkommen***

Zwei ineinander greifende Zahnräder bildeten das Emblem des 56. Sudetendeutschen Tages, der am Pfingstwochenende in den Augsburger Messehallen stattfand. Die Anordnung der Räder erinnerte an die geografische Lage Bayerns und Tschechiens, eine Interpretation, die vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Johann Böhm (CSU), ausdrücklich bestätigt wurde. Nachdenkenswert allerdings, dass in dem „tschechischen“ Zahnrad nicht nur das Wappen der Sudetendeutschen, sondern auch das Kürzel „de“ wie Deutschland stand, getarnt als Endung der Internetadresse [www.sudeten.de](http://www.sudeten.de).

Damit nicht genug. Halbkreisförmig wurden die Zahnräder verbunden durch das Motto des Sudetendeutschen Tages: „Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“. Was als „ausgestreckte Hand der Versöhnung“ angepriesen wurde war ein handfester politischer Anspruch auf Mitregieren in der Tschechischen Republik. Der zweite Teil des Mottos bezog sich nämlich auf den vor genau hundert Jahren verabschiedeten „Mährischen Ausgleich“. Das war ein Gesetzespaket, das der mährische Landtag 1905, als Böhmen und Mähren – das heutige Tschechien – noch zum Habsburgerreich gehörten, verabschiedete, um in einer Zeit der Kämpfe um das allgemeine, gleiche Wahlrecht einer Majorisierung der deutschen Minderheit durch die tschechische Mehrheit vorzubeugen. Eine „Ergänzung der Demokratie durch ein Volksgruppenrecht“ nannte es der SL-Bundesvorsitzende Bernd Posselt (CSU) auf einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema am Samstag in Augsburg. Der Mährische Ausgleich wird von der SL-Führung als vorbildliche Lösung für alle aktuellen ethnischen Konflikte weltweit propagiert. Wichtig war Posselt dabei neben der „Gleichberechtigung der Volksgruppen“, dass über die Bestimmungen des Mährischen Ausgleichs „direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der Völker“ geführt wurden. Scheinheilig fragte er: „Warum sollte das heute nicht möglich sein?“

Im Geiste des Mährischen Ausgleichs fordert die SL-Führung die Regierung in Prag unablässig zu einem „direkten Dialog“ auf. Diese Forderung stand denn auch im Mittelpunkt der Reden auf der Hauptkundgebung des Augsburger Pfingstspektakels. Als „Moderator und Koordinator“ derartiger Gespräche bietet sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber an, wohl wissend, dass die Forderung absurd ist. Für die tschechische Regierung ist es undenkbar, mit der SL-Führung über ein Volksgruppenrecht verhandeln, hieße das doch, den Vorstand eines privaten Vereins, der in der Tradition der großdeutsch ausgerichteten sudetendeutschen Anschlussbewegung steht, als Exilregierung einer angeblichen Sudetendeutschen Volksgruppe anzuerkennen und ihr das Recht einzuräumen, in der Tschechischen Republik mitzuregieren.

Nun ist es allerdings eine alte Taktik sudetendeutscher Anschlusspolitiker (und ihrer Protektoren im Reich), der Regierung in Prag unerfüllbare Forderungen zu stellen, um sich dann lautstark über schlechte Behandlung zu beklagen. „Seit Jahren erhielten die Sudetendeutschen immer wieder die stereotype Antwort (von Prag) – mit einem Verein reden wir nicht“, belferte Edmund Stoiber in seiner Festrede bei der Hauptkundgebung am Sonntag. Und im Brustton der Empörung fuhr er fort: „Die Sudetendeutsche Volksgruppe mit ihren 3,5 Millionen Menschen, die das zweite Volk Böhmens waren, ist doch kein Gesellschaftsverein.“ Mit dem Mährischen Ausgleich habe sie „in ihrer Heimat ein

großartiges Vermächtnis hinterlassen. Das gibt Ihnen die Berechtigung zu einem Dialog auf gleicher Augenhöhe“.

Auch SL-Sprecher Johann Böhm war voll von heiligem Zorn. „Das Maß an Uneinsichtigkeit, der Grad an historischer Blindheit und der Umfang nationalistischer Verblendung im Umgang mit der eigenen Geschichte sind erschreckend und passen immer weniger in das internationale Umfeld“, wettete er und meinte damit nicht die eigenen Reihen, sondern „das offizielle Tschechien“. Dieses werde „immer mehr zur Insel der Uneinsichtigkeit und Rückwärtsgewandtheit“. Offenbar hat er vergessen, dass sich im Europaparlament nicht Tschechien, sondern die CSU-Abgeordneten mit ihrer Forderung isoliert haben, die Tschechische Republik dürfe nicht EU-Mitglied werden, wenn nicht vorher die sog. Benesch-Dekrete aufgehoben würden.

Den Höhepunkt von Böhms Rede bildete seine Aufforderung an die Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945, „die Billigung der Vertreibung der Sudetendeutschen Volksgruppe aus der Tschechoslowakei durch das Potsdamer Abkommen“ als „großen Irrtum der Nachkriegszeit“ zu verurteilen, „der fortwirkendes Unrecht und Leid hervorgebracht hat“. Damit hat er nun endlich Klartext geredet, dass es bei der Verurteilung der Benesch-Dekrete (tschechischer Nachkriegsgesetze zur Regelung des Umgangs mit denjenigen, die sich während der Besatzungszeit auf die Seite der deutschen Okkupanten gestellt hatten) eigentlich um einen Angriff auf das Potsdamer Abkommen geht, in dem die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition nicht nur die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei als notwendige Maßnahme zum Schutz der östlichen Nachbarn Deutschlands vor erneuter Destabilisierung mit Hilfe deutscher Minderheiten festlegten, sondern auch die Nachkriegsgrenzen Deutschlands bestimmten und Maßnahmen vereinbarten, die es Deutschland unmöglich machen sollten, je wieder einen Krieg vom Zaun zu brechen.

Ermutigt zu dieser Klarstellung fühlte sich Böhm nach eigenen Worten durch Äußerungen des amerikanischen Präsidenten George W. Bush bei seinem Besuch in der lettischen Hauptstadt Riga Anfang Mai. Vor Vertretern der baltischen Staaten hatte Bush sich für „Irrtümer der Nachkriegszeit“ entschuldigt. Offenbar hielt er es für einen Irrtum, nach dem 8. Mai 1945 nicht sofort in einen Krieg gegen die Sowjetunion zur „Befreiung“ der baltischen Staaten von „kommunistischer Unterdrückung“ eingestiegen zu sein. Deutschland wäre in diesem Falle als Verbündeter dabei gewesen und das Potsdamer Abkommen wäre in der Tat nie zustande gekommen. So aber hat, laut Böhm, „am 8. Mai 1945 in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien ein neuer Krieg“, ein „Kampf der bewaffneten Gewalt gegen die Wehrlosigkeit“ begonnen. Ein neuer Zivilisationsbruch: „Die Angegriffenen waren nicht durch internationales Recht geschützt, auch nicht durch die Regeln der Zivilisation, die einmal mehr in diesen schrecklichen 40-er Jahren des letzten Jahrhunderts außer Kraft gesetzt wurden“. In der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey ist die Vokabel „Vertreibungsholocaust“ üblich. Wie weit davon entfernt sind Böhms Kennzeichnungen?

Der SL-Sprecher ließ sich aber nicht nur von Bush zu seinem Appell an die Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens, sondern auch von Günter Grass zu einem Appell an „die deutschen Intellektuellen“ anregen. Sie sollten sich an dem „ausgewiesenen Linksintellektuellen“ ein Beispiel nehmen und „sich die legitimen Forderungen der sudetendeutschen Heimatvertriebenen nach Volksgruppenrechten, nach der Ächtung der Vertreibung als Völkermord und der Anerkennung des Rechts auf Heimat zu eigen“ zu machen.

Als Strategie des „weichen Wassers“, das „den Stein bricht“, wenn man nur genug Geduld aufbringe, wollten Böhm und Stoiber ihre Politik gegenüber Tschechien verstanden wissen. Wie „weich“ die „Strategie der Versöhnung und des Ausgleichs“ ist lässt sich anhand des

oben Geschilderten beurteilen. Glaubhafter ist die Benennung des Ziels: Der „Stein“ Tschechien soll gebrochen werden. An der Moldau wird man diese Töne zu interpretieren wissen. Hier zu Lande sollte man Abschied von allen Illusionen nehmen, die Vertriebenenverbände hätten ihre aggressiven Zielvorstellungen hinter sich gelassen.

*Renate Hennecke, 16.5.2005*